

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verlags- und Druckerei: 23 241
Für den Verleger: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 11paltige 37 mm breite Seite 2 M. Auf Samstagsausgaben, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 paltige An- u. Verkäufe 25%. Bezugsgebühren laut Tarif. Unvollständige Anzeigen gegen Vorzusendung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Heyß & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit beifolgender Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Rücksendungen werden nicht aufbewahrt.

Kaffee-Kasino
Die beliebtesten Künstler-Konzerte
im Trianon: Rudy, Wiener Stimmungssänger zur Zither

Große
Möbel-Ausstellung
Altmarkt Rorb & Co. Dreyföhlsbau

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Eine neue Rede Briands.

Paris, 25. Mai. Der heutige vierte Tag der Debatte der Interpellationen über die auswärtige Politik in der Kammer begann mit einer Rede des Abgeordneten Roblemaire, der an erster Stelle die Lage in Oberschlesien besprach. Es sei gut, wenn alle Welt wisse, daß Deutschland stets befrifft, wenn man laut und vernünftig mit ihm spreche. Das müßten auch die Engländer verstehen. Aber vielleicht handele es sich hier um eine vorübergehende Lösung. Man müsse die verschiedenen Zwischenfälle in Betracht ziehen, die die Politik Deutschlands seit zwei Jahren charakterisieren und immer bedenken, daß die

ober-schlesische Angelegenheit nur ein neuer Zwischenfall sei. Der Vertrag habe England alle Befriedigung gebracht, während Frankreich für seine Tapferkeit und seine Treue, die viel schwerer gewesen seien, noch heute auf das warre, was man ihm schulde. Der Quai d'Orsay müsse zur rationellen europäischen Politik Frankreichs zurückkehren. Es habe treue Freundschaften namentlich unter den Völkern, für deren Wiederanfrischung es geforgt habe. Der Redner besprach alsdann die Wiederanfrischung der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zum Baltikum und ging dann zur Wiederaufbaufrage über. Sie sei nur zu lösen unter der Mitarbeit aller. Es kam zu einem Vorgespräch mit dem Kommunisten Marcel Cachin, dem Roblemaire vorwarf, er habe seinerzeit in Straßburg mit Tränen erklärt, das sei der schönste Tag seines Lebens. Cachin erwiderte, nach zwei Jahren französischer Politik habe das

Proletariat von Elsch-Lothringen nicht die gleiche Zuneigung für Frankreich bewahrt.
Eine ganze Anzahl elsch-lothringischer Abgeordneter, darunter Weiterlé, protestierten dagegen und sprachen zum Teil von einer bolschewistischen Propaganda, die Deutschland bezahlt habe. Der Abgeordnete Roblemaire fährt dann fort und spricht von den Schwierigkeiten einer Befestigung des Ruhrgebietes. Er sagt, man wisse nicht, ob man nicht genötigt sei, bis zur Erde oder zur Oeder vorzurücken. Wenn man aber Gewalt anwenden müsse, um dem Recht zum Siege zu verhelfen, dann würde man dieses Mittel nur gebrauchen im Falle der äußersten Not. Roblemaire empfiehlt schließlich eine Zusammenarbeit mit Deutschland und meinte, die Zukunft gehöre Amerika. Es habe zwar den Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet, aber es habe ein Wort mitzureden.

Der Abgeordnete Veyraux erklärte, er werde auf das Wort verzichten, wenn ihm der Ministerpräsident zwei Fragen beantwortet: 1. ob er dasselbe Vertrauen zu den deutschen Ministern Rosen und Rathenau habe, wie zu dem Reichskanzler Dr. Wirth; 2. ob es richtig sei, was in der „Woch. Zig.“ veröffentlicht wurde, daß Dr. Stresemann erklärt habe, man habe gütliche Versicherungen hinsichtlich Oberschlesiens erhalten.

Ministerpräsident Briand
sagte, er glaube, daß in einer Debatte von so großer Bedeutung es besser wäre, nicht Zeitungsartikel zur Grundlage für die Argumente zu nehmen. Was die Anschuldigungen Stresemanns betreffe, so erkläre er, daß nach der Londoner Konferenz man Deutschland die Beschlüsse der Konferenz übermittelt habe mit der Erklärung, es müsse ja oder nein sagen. Er habe festern zugegeben, daß Dr. Wirth öffentlich erklärt habe, es sei notwendig für das besiegte Deutschland, seine Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen. Er müsse ferner sagen, daß alle Antworten auf die gestellten Forderungen befriedigend gewesen seien. Es möge Abende geben, die Hintergedanken hätten.

Dr. Wirth zur Rede Briands.

Berlin, 25. Mai. Ein Mitarbeiter der „Deutschen Woch. Zig.“ hat heute den in Freiburg i. Br. weilenden Reichskanzler um eine Äußerung zu dem auf Oberschlesien bezüglichen Teil der Rede des französischen Ministerpräsidenten gebeten. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte etwa folgendes:

Ich erkenne gern an, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf einen mahovollen Ton abgestimmt ist. In der Sache aber geht Herr Briand bei der Begründung der polnischen von Frankreich unterstützten Ansprüche von Voraussetzungen aus, denen die Tatsachen teilweise widersprechen.

Ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien besteht nicht,

daun Oberschlesien ist nicht, wie Herr Briand meint, vor 600 Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen, sondern es ist vor 900 Jahren gewaltsam von Polen erobert worden und 200 Jahre später, also vor 700 Jahren, hatte es sich infolge des Bezuges des polnischen Großherzogs Wladislaus Kasanowski, also auf völlig friedlichem Wege, von Polen getrennt. Wenn die Polen, wie Herr Briand weiter behauptet, zur Zeit der Pariser Verhandlungen von 1919 starke Gründe für den Glauben hatten, daß die Abstammung zu ihren Gunsten ausfallen würde, so lühten diese Gründe weder auf der früheren mittelalterlichen Vergangenheit, noch auf der jüngsten Vergangenheit. Denn bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Kriege hatten die Polen in Oberschlesien kaum 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, die Deutschen 70 Prozent. Vielleicht haben die Polen aus diesem Grunde

aber er wolle keinen Tendenzprozeß führen, sondern er wolle nur Realitäten sehen. Die französische Regierung habe ein sehr klares Programm und ihre Entscheidungen seien getroffen. Sie seien Deutschland übermittelt worden. Die Sanktionen könnten angeordnet werden. Der Reichstag habe das Ministerium gebilligt und sich bereit erklärt, die Verpflichtungen Deutschlands auszuführen. Er habe nicht das Recht, im voraus zu sagen, die deutsche Regierung sei aus Männern zusammengesetzt, die versuchen würden, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Er habe aber auch nicht das Recht, ihre Aufgabe zu komplizieren, denn auch sie würde Schwierigkeiten mit der Reaktion haben. Das deutsche Volk beginne, die Augen zu öffnen. Die Mehrheit des Reichstages habe dem Kanzler Vertrauen entgegengebracht. Sie habe gesagt, Deutschland wolle entwaffnen und zahlen. Man dürfe sie nicht entmutigen. Würde man dies tun, so wäre das nicht nur ein Fehler, sondern auch eine schlechte Behandlung. Vielleicht würde man auch in der Welt sagen, daß dieses Frankreich nicht das richtige sei. Man besänke sich jetzt einem Schulden gegenüber, der erkläre, daß er die Bedingungen Frankreichs annehme. Man besänke die nötige Kraft, um zu handeln. Man halte sie in Keilerei. Briand frage, ob es nicht zur Ehre Frankreichs sei, wenn es selbst seine Währungs anerkennt. Es sei eine gute Politik. Man müsse an ihr festhalten. (Diese Erklärung des Ministerpräsidenten fand einmütigen Beifall.)

Hg. Veyraux erklärte sich von ihr befriedigt. Es sprach alsdann Abg. Lacotte von der ängstlichen Reaktion, die sich gegen die englische Politik wandte, was eine Kritik des Kammerpräsidenten hervorrief. Auch der Ministerpräsident Briand sagte: Die Minister Frankreichs seien intelligent und flarsend genug, um gewisse Reaktionen gewisser Deputierter auf das richtige Maß zurückzuführen. Der Abgeordnete Lacotte fuhr jedoch fort, England schau anzureisen. Er wurde deshalb vom Kammerpräsidenten zur Ordnung gerufen. Schließlich erklärte Lacotte, er und seine Kollegen würden der Regierung das Vertrauen verweigern. (W. T. W.)

Briands Anhang in der Kammer.

Basel, 25. Mai. Zu der Kammerrede Briands wird den „Baseler Nachrichten“ aus Paris gemeldet, man habe an Schluß der Rede den Eindruck gehabt, daß Briand eine solide Mehrheit erhalten werde. Gegen sich habe Briand die äußerste Rechte und die Gruppe der Clemenceau-Anhänger, die sich um Tardieu und Paniel schart. Für sich habe er die Linke des Hauses, aber man könnte den Eindruck gewinnen, daß die Gegner überwiegen als die Anhänger seien, denn bis jetzt habe noch keine Partei die Parole ausgerufen, für das Kabinett zu stimmen.

Französische Sozialisten und Sanktionen.

Genève, 25. Mai. Die Erziehungskommission haben die französischen Gewerkschaften in ihrer Vorstandssitzung am letzten Sonntag beschlossen, ihre Beziehungen zur zweiten Internationale von der prinzipiellen Ausschließung der deutsch-französischen Streitfragen abhängig zu machen. Die Erziehungskommission steht in dem Beschlusse das endgültige Abbrüden der französischen Arbeiter von der gewerkschaftlichen Agitation der Deutschen gegen die Sanktionen.

Genève, 25. Mai. Dem „Temps“ zufolge sind wegen der Haltung der Partei gegen die Sanktionen 11 Mitglieder aus der kommunistischen Parteileitung ausgetreten. Sie begründen diesen Schritt damit, daß sie die Sanktionen für notwendig im Interesse Frankreichs und der Gerechtigkeit erachten.

bei den Verhandlungen von 1919 ausdrücklich das

Abstimmungsrecht der Emigranten verlangt, weil sie hoffen, dadurch die Stimmenmehrheit zu erlangen. Wenn sie sich in dieser Rechnung geirrt haben, und wenn die auswärtigen Stimmberechtigten in ihrer Mehrheit für Deutschland eintraten, so kann nur der geringen Vorwuch daraus gemacht werden. Im übrigen ist es selbstverständlich nicht zureichend, wenn Herr Briand alle überhaupt von den Emigranten abgegebenen Stimmen den Deutschen zuzählt; denn unter jenen befinden sich selbstverständlich auch eine große Anzahl von Ausgewanderten, die für Polen gestimmt haben. Die Polen haben historisch keinen Anspruch auf Oberschlesien. Sie haben nach dem Abstimmungsergebnis keinen Anspruch auf Oberschlesien; denn die deutsche Mehrheit von fast einer viertel Million Stimmen läßt sich nicht fortbispütieren. Sie haben moralischen Anspruch, da sie durch den Verlust der Gewalt an die Stelle des Rechtes zu setzen versucht haben, und sie haben wirtschaftlich keinen Anspruch, weil die ober-schlesische Industrie von den Deutschen geschaffen worden ist, und weil nach dem Urteil der berühmtesten deutschen Sachverständigen die Polen diese blühende Industrie nicht zu erhalten, geschweige denn weiter zu entwickeln vermöchten. In dem Wunsche finde ich mich aber mit dem französischen Ministerpräsidenten einig, daß die Gerechtigkeit liegen muß. Die deutsche Regierung, die sich so anherberndlich zurückhaltend in dieser Frage verhalten und so erhebliche Opfer gebracht hat, darf auch darauf rechnen, daß die endgültige Klärung der ober-schlesischen Frage in objektiver und getreuer Weise erfolgen wird. Etwas anderes als dies verlangt sie nicht. (W. T. W.)

Briands Sieg?

„Die Ordnung in Oberschlesien ist wieder hergestellt, und alle Welt muß davon befriedigt sein.“ Wer das in Deutschland und in der ganzen Welt noch nicht gewußt hat, der hat es durch Herrn Briand erfahren. Und dieser Satz kennzeichnet den ganzen vorliegenden Geist, der durch die Rede des französischen Ministerpräsidenten geht. Alle die Weiden der schwergeprüften deutschen Bevölkerung in Oberschlesien, die furchtbaren Mißhandlungen und Verschleppungen sind beseitigt; denn Herr Briand hat es freimütig erklärt, daß die französischen Truppen die bedrohten Deutschen geschützt haben. Man weiß nicht, was man dabei mehr anmaßen soll, die Frechheit und Unverschämtheit, mit der der Vertreter der französischen Politik die Wahrheit auf den Kopf stellt, oder die große Geste, die seine Landsleute so sehr lieben, und mit der er ihnen Angenehmes sagt. Ueberhaupt kann man von Briand viel Neues lernen, so z. B. daß Oberschlesien, da es wie ein rein deutsches Land gewesen sei, ein rechtmäßiger Bestandteil Polens ist, zu dem es allerdings nie gehört hat. Wie man Elsch-Lothringen als rein französisches Land von Deutschland ohne Abstimmung abtrennen mußte, so hätte auch Oberschlesien von vornherein Polen zugeprochen werden müssen. Das ungeheure Zugeständnis, das man überhaupt in Oberschlesien abstimmen durfte, wird in Deutschland nicht gebührend gewürdigt; denn die unwahrscheinlichen Deutschen wollen sogar, daß das Abstimmungsergebnis auch geachtet wird! Und da wir noch lange nicht an Briandsche Geistesgröße herankommen, verstehen wir auch nicht, inwiefern denn das Abstimmungsergebnis zwischen armen und reichen Gebieten, zwischen armen Polen und reichen Deutschen unterscheidet. Wir verstehen zwar die Verbengung vor der Arbeiterfrage, das Briand gern vor seinen imperialistischen Waagen spannen möchte, sehen aber nicht ein, warum die polnischen Arbeiter ärmer sein sollen als die deutschen Gewerkschafter, ebensowenig wie wir uns die Briandsche Politik zu eigen machen können, daß Polen die deutschen Kohlengebiete zu seiner Lebensfähigkeit braucht, obwohl es noch so ausgedehnte uneröffnete Kohlenfelder besitzt, daß es binnen kurzer Zeit zu einem Kohlenexportland werden kann. Briand hat noch viel Altes und Neues gesagt, was er nicht verantworten kann, aber die Bedeutung seiner Rede liegt mehr in dem, was er nicht gesagt hat. Vor allen Dingen hat er die Entscheidung nicht gefällt, die er hätte fällen müssen und wozu ihn Lloyd George durch seine wiederholten Angriffe drängen wollte, die Entscheidung nämlich, die entweder eine klare Abgabe von seiner vertrauenswürdigsten Gewaltpolitik oder die Anerkennung des starken Gegenstandes zu der englischen Politik enthalten mußten. Aber die Hauptfrage ist, alles ist über das, was er gesagt hat, zufrieden. In England sieht man herauf, daß Briand die Warnungen Lloyd Georges beherzigt hat und daß er gemeinsam mit seinem Entente-Partner den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit gehen will, und in Frankreich erweckt es Freude, daß er die Gefahr einer Verletzung der Entente vermieden hat, ohne im geringsten etwas von dem französischen Standpunkt aufzugeben. Der Engel Briand versteht es absolut nicht, wie man an der Gerechtigkeit und loyalen Durchführung des Vertrages durch Frankreich zweifeln konnte, und wenn man vor der Gefahr eines Bruches der Entente ließe, könne daran nur der mangelnde gute Wille schuld sein, der aber beileibe nicht bei Frankreich zu finden sei. Briand hat sich wieder einmal, und das ist der Enderfolg seiner Rede, im eigenen Lande und England gegenüber maßlos aus der Mäße geziehen. Er hat die scharfen Warnungen Lloyd Georges lediglich dazu benutzt, die laute französischen Schreier zu isolieren und seine Stellung erneut zu befestigen; denn daß er das Vertrauensvotum erhält, kann nicht mehr zweifelhaft sein. Durch seine meißerliche Rede hat Briand die Fortsetzung des von Lloyd George begangenen Streites vor aller Öffentlichkeit vermieden und kann ihn nun hinter verblödeten Türen auf der Postlager Konferenz ansprechen, für die er die Karten gut gemischt hat.

Trotz der Haltung Englands und trotz der noch von Lloyd George betonten Einmütigkeit des Urteils der ganzen Welt ist damit die endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage in einem für Deutschland annehmbaren Sinne wieder aufs äußerste gefährdet. Die Finanzsicherung der französischen Kammerdebatte und damit der Postlager Konferenz ist nicht von ungefähr erfolgt. Briand weiß sehr wohl, warum er seine mit Spannung erwartete Rede nicht schon, wie vorgeesehen, am vergangenen Freitag gehalten, sondern seinen Kollegen Louchere mit einer nichtssagenden Rede voranschickte hat. Das Spiel des Ausweichens und Hin- und Herbewegens hat die besten Erfolge für ihn gezeitigt. Am Innern hat er dadurch, daß er sich den Ansichten des harten Mannes gab, der sich zur Austragung des Konflikts mit Lloyd George nicht drängt, seine Position gefestigt, und die wohlbedachtlichste französische Presse hat die Redungen aus dem Quai d'Orsay sehr geschickt aufgenommen, indem alles getan wurde, um die Glühöpfe zu beruhigen. Die ursprünglich wegen der Unzufriedenheit über das Londoner Ultimatum entbrannte Kammerdebatte hat ihr Gesicht während des